

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

II/41

Hannover, 23. Mai 1947
Telefon 20 9 51/ 52

In doppelter Not

Kriegsgefangene-entlassen, aber ohne Heimat
(Von Pastor Heinrich Albertz, Celle)

Es ist erstaunlich, dass eine Gruppe von Menschen, die ein doppeltes Schicksal deutscher Not zu tragen haben, in der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion fast überhaupt nicht erwähnt wird - die entlassenen Soldaten, die gleichzeitig Flüchtlinge sind; das heisst, die aus den Gebieten östlich der Oder-Neisse stammen und in ihre Heimat nicht zurückkehren können. Sie machen nach vorsichtigen Berechnungen mindestens ein Viertel der Gesamtzahl aller entlassenen Soldaten aus. Sie sind nach meiner Erfahrung im Augenblick die, die am schwersten unter der Last des verlorenen Krieges zu leiden haben. Ohne Möglichkeit, in ihre Heimat zurückzukehren, zum grossen Teil ohne jeden Anhaltspunkt an ihre Familien, geraten sie rettungslos in die bürokratische Maschine der Zuzugsgenehmigungen und brauchen Monate, bis sie auch nur die bescheidensten Voraussetzungen für einen neuen Lebensanfang gefunden haben. Selbst die klarsten Anweisungen deutscher und englischer Dienststellen brechen nicht den Egoismus einzelner Stadt- und Landkreise, die diese heimatlos gewordenen Männer in ihren zerschissenen Uniformen lieber auf der Landstrasse verkommen lassen, als dass sie ihnen den Eintritt in die neue Existenz ermöglichen.

Im Bereich meiner Arbeit in der Flüchtlingsbetreuung habe ich versucht, mit den wenigen Mitteln, die zur Verfügung stehen, dieser besonderen Not zu begegnen. Der erste Schritt war der Aufbau eines Heimes für entlassene Soldaten aus dem Osten; das den Heimkehrern eine erste Atempause von etwa vier Wochen gewähren sollte, um von da aus den Weg in die Arbeit und die Verbindung zu den Angehörigen zu finden. Trotzdem über dieses Heim - Die INSEL in Celle - viel geschrieben worden ist, ist es nicht erreicht worden, diese Arbeit auf andere Städte und Kreise unseres Landes auszudehnen. Wir können aber heute berichten, dass 80 Prozent all derer, die in den letzten anderthalb Jahren in diesem Heim Gäste waren, tatsächlich den Anschluss an eine neue Existenz gefunden haben, und es ist nicht einzusehen,

warum, was inCelle möglich ist, nicht auch in anderen Städten möglich sein könnte.

Der zweite Versuch war die Betreuung von freien Arbeitseinsätzen entlassener Soldaten in Landwirtschaft und Forst und im Baugewerbe durch ständige Betreuungsschwestern. Alle Anstrengungen der Arbeitsämter, entlassene Soldaten in diese wichtigsten Berufe zu vermitteln, scheiterten daran, dass man zwar die Heimkehrer den betreffenden Bauern, Forstämtern oder Firmen zuwies, sich aber dann kein Mensch mehr um sie kümmerte, und dass dann eintrat, was jeder Arbeitgeber heute praktisch täglich erlebt - dass die entlassenen Soldaten nach wenigen Tagen oder Wochen wieder verschwinden. Wir haben es erprobt, dass in demselben Augenblick, wo unsere Schwestern in die Baracken gingen und sich um die Landser kümmerten, die Gemeinschaft im wesentlichen hielt. Auch dies ist eine Sache, die überall möglich ist, wo entlassene Soldaten in Wohngemeinschaften zusammenleben und sich selbst nicht versorgen können. Die Wohlfahrtsverbände wie die Gewerkschaften hätten hier ein weites Feld der Betätigung und der Anlage ihrer Gelder.

Der dritte Versuch galt der Ausbildung aus ihrer Schulzeit herausgerissener Heimkehrer, die aber halbe Kinder zum Teil noch in den letzten Monaten vor dem Zusammenbruch zur Wehrmacht einberufen wurden. Dafür steht uns seit vorigem Herbst eine Schul-INSEL zur Verfügung, in der vor vierzehn Tagen die ersten 25 heimatlosen, entlassenen Soldaten, ohne einen Pfennig Geld dafür zu bezahlen, ein Abitur gebaut haben, das jeder normalen Abschlussprüfung leistungsmässig überlegen war. Was aber das Wichtigste an diesem letzten Versuch war, ist dies, dass über die blosse Aushändigung eines Abschlusszeugnisses hinaus einer kleinen Gruppe Menschen eine neue Lebensgemeinschaft geschenkt wurde. Mit Freude und Genügtung können wir feststellen, dass an dieser einen kleinen Stelle die grossen Schulpläne sozialer Kulturpolitik bereits verwirklicht wurden, dass ohne Frage nach Name, Stand und Geldbeutel der Eltern höhere Schulbildung vermittelt wurde. Das Ziel ist eine wirkliche Schule der Armen geworden. Auch sie möchte ein kleines Beispiel sein für eine Arbeit, die überall dort Wirklichkeit werden kann, wo alle vorhandenen Kräfte zu einer gemeinsamen Hilfe eingesetzt werden können. Es muss nur begriffen werden, dass genügend praktische Aufgaben da sind, die uns über eine theoretische Erörterung einer Begegnung zwischen Christentum und Sozialismus weit hinausführen zu einer gemeinsamen Tat. Denn nur im Handeln finden sich die lebendigen Kräfte wirklich. (b-/215/1/he)

Italiens Interesse an Deutschland

(Von unserem Mitarbeiter in Rom)

In der allgemeinen Diskussion über die künftige Ordnung und Rolle Deutschlands hat kürzlich auch die italienische Regierung ihre Stimme erhoben. Sie hat ihre Auffassung in einem Memorandum niedergelegt, das den Regierungen der vier Hauptmächte übergeben wurde. Italiens Forderung, dabei gehört zu werden, ist bei der Moskauer Konferenz nicht zurückgewiesen worden. In ihren eigenen Friedensangelegenheiten haben zwar die Italiener die Erfahrung machen müssen, dass die grossen Mächte die Meinung Italiens nur ungenügend gelten lassen, aber in unserem Falle ist es gewiss wertvoll, dass auch die Italiener zum Wort kommen, denn was sie zu sagen haben, deckt sich mit den Argumenten derjenigen Gross-Staaten, die im europäischen Interesse eine beschleunigte und vernünftige Ordnung für Deutschland fordern.

Das italienische Memorandum betont mit allem Nachdruck die Notwendigkeit, sofort ein praktisches Programm aufzustellen, das Deutschland in die Lage versetzt, sich ausreichend zu ernähren, zu produzieren und zu exportieren. Europa kann nicht leben, wenn Deutschland dem Chaos preisgegeben wird, das ist auch die italienische Meinung. Solange Deutschland durch Hunger oder auf sonstige Weise zur Verzweiflung getrieben wird, so etwa heisst es im Memorandum, ist eine Befriedung Europas unmöglich. Und Italien glaubt an eine ausschlaggebende Bedeutung der deutschen Rolle beim Wiederaufbau Europas.

Von den psychologischen Hemmungen Deutschland gegenüber haben sich die meisten Italiener befreit: die Spaltung innerhalb ihrer eigenen Nation hatte ihnen einen tiefen Einblick in das Problem der Tyrannei und deren Folgen während der Zeit des Faschismus und in der Badoglio-Ära gegeben, und besonders weil das italienische Volk menschlicher empfindet und leichter geneigt ist, Geschehenes zu vergessen als manches andere Volk, gerade deshalb kamen die Italiener rascher als andere zu einer gerechten und humanen Beurteilung der deutschen Frage, nachdem der erste Zorn verbraucht war. Einige hervorragende Männer, an ihrer Spitze Benedetto Croce, der seinem neuen Buche über Deutschland eine sehr noble Einleitung vorangestellt hat, trugen wesentlich zu dieser Entwicklung bei. Die humane Gesinnung der Italiener, die immer durchbricht, wenn die Menschen nicht verhetzt sind, legte dem Mann auf der Strasse ohnehin die Unterscheidung zwischen anständigen und unanständigen Deutschen von vornherein nahe.

Es blieb nicht bei der Theorie, sondern die italienischen Behörden handelten auch in der Praxis entsprechend, beispielsweise den Tausenden von Deutschen gegenüber, die für Kriegszwecke gekommen und nach dem Kriege auf italienischem Boden hängen geblieben waren. Gelegentlich wurde über Willkür geklagt, aber im allgemeinen erfreuten sich die Deutschen in jeder Beziehung besserer Lebensbedingungen als sie (oder manche von ihnen) erwarten konnten. Nicht wenige fanden auch einen beruflichen Erwerb, besonders Ingenieure und ähnliche Praktiker, die dem Wiederaufbau der italienischen Wirtschaft pützen können.

Bei solcher Grundeinstellung konnten natürlich die allgemein-europäischen und besonders die materiellen Interessen Italiens zu Deutschland verhältnismässig rasch wieder zum Durchbruch kommen. Italien ist gewiss noch nicht imstande, Politik in grossem Stile zu machen, doch liegt es auf der Hand, dass dieses Land - ganz abgesehen von der Hilfe, die es im letzten Teil des Krieges den Alliierten geleistet hat - die Chance mitgeniesst, die jedes Land hat, das zwischen Westen und Osten eingeklemmt ist - und sich nicht verschlucken lassen will. Die Italiener sind klug genug, diese Möglichkeit wahrzunehmen, aber nicht zu überschätzen. Sie wissen, dass in ihrer östlichen Flanke eine grosse Gefahr lauert und dass ihr Bedarf an Kapital, Rohstoff und Lebensmitteln nur vom Westen her gedeckt werden kann. Die Aussenpolitik drängt Italien darum immer mehr nach dem Westen, während die innerpolitische Lage angesichts der Rolle, die der mitregierende Kommunismus spielt, dabei wie eine Bremse wirkt.

Man spricht viel von einer mittleren oder vermittelnden Linie zwischen Westen und Osten, aber dies gehört mehr zur Theorie, denn im Grunde befindet sich Italien in einer Zwangslage. Man spürte das bei den Friedensverhandlungen, die Italien enttäuscht haben, und letzten Endes ist auch das oben genannte Memorandum nur die logische Konsequenz eines vitalen Interesses, das jeder Italiener solange wahrnehmen muss, wie er nicht die Absicht hat, sich dem Bolschewismus anzuvertrauen, oder solange er, wie die Kommunisten, nicht wagen kann, diese Absicht offen einzugestehen. Diese unausweichliche Konsequenz ist es denn auch, was die unbestreitbare Tatsache erklärt, dass die von der kommunistischen Partei bisher mitgetragene italienische Außenpolitik sich praktisch mehr und mehr nach westlichen Ideen orientiert oder diesen zum mindesten parallel läuft. Der Kommunismus macht sich also in Italien zur Zeit nur innerpolitisch bemerkbar.

So ist es also, trotz der zwiespältigen innerpolitischen Situation, ein durchaus abendländisches, demokratisches, friedliebendes oder prosperierendes Europa, was der italienischen Regierung in ihrem Memorandum und ihrer gesamten Linie vor Augen schwebt. Es ist ein Europa, das ohne ein im gleichen Sinne wiedererstandenes Deutschland nicht zu denken ist. Diese Auffassung deckt sich mit der angelsächsischen. (b/A/215/1/he)

SPD marschiert in Südbaden

H.W. Baden-Baden. - Als einzige Partei ging die Sozialdemokratie bei der Landtagswahl in Südbaden am letzten Sonntag mit einem Gewinn von 20.000 Stimmen und zwei Mandaten aus dem Wahlkampf hervor. Ihr schärfster Gegner, die BCSV (früher Zentrum), hat einen Verlust von 47.000 Stimmen und drei Mandaten zu verzeichnen. Die Demokraten und Kommunisten wahren ihren alten Besitzstand von neun bzw. vier Sitzen.

Es gelang zwar nicht, die absolute Mehrheit der BCSV zu brechen, die immer noch acht Sitze ausmacht. Aber es gelang schon einmal durch den Zusammenschluss aller Parteien, eine drohende Zentrumsherrschaft in Baden zu unterbinden. Es wird dies wieder gelingen, wenn die BCSV sich weiterhin von den fortschrittfeindlichen Elementen in ihren Reihen führen lässt, wie es bei der Beratung der Verfassung der Fall war. Der Erfolg der Sozialdemokratie zeigt, wer das wachsende Vertrauen im Lande hat. Die SPD hat sich nach dem volksfeindlichen Verhalten der BCSV während der Verfassungsdebatten von dieser Partei distanziert, überliess ihr allein die Verantwortung für die Verfassung, die nichts über Sozialisierung und Bodenreform enthält. Die Wählerschaft hat es der SPD gedankt. Für die neue SPD-Landtagsfraktion ist nun der weitere Weg, den sie gehen muss, um sich das Vertrauen der Wählerschaft zu erhalten, vorgezeichnet. Die Verfassung wurde angenommen, weil sich BCSV und Demokraten dafür einsetzten.

Auch diese Wahl fand im Zeichen des Hungers und der Not statt. Selbst die 67 Prozent abgegebenen Stimmen sind noch eine sehr hohe Zahl. Angesichts der gerade in Südbaden geradezu katastrophalen Ernährungsverhältnisse, angesichts der auch auf anderen Gebieten herrschenden Mißstände war sogar noch eine geringere Wahlbeteiligung zu erwarten gewesen. Aber es steckt eben gerade in badischen Volke noch ein Stück der alten demokratischen Tradition, die es veranlasst, seine politische Pflicht zu tun. (b/B6/235/1/he)

Übertritt zur SPD

Der Erste Vorsitzende der Einheitsgewerkschaft Bezirk Rheinland/Hessen-Nassau und Zweite Bundesvorsitzende von Rheinland-Pfalz, Michael Hennen, Koblenz, hat seinen Austritt aus der KPD erklärt und ist zur SPD übergetreten.

Widersprüche über die Atomforschung

In der Schweizer unabhängigen Zeitung "Die Tat" wird in einem interessanten Artikel über die Sicherungsmassnahmen berichtet, die für die USA-Atomenergiekommission und die allgemeine Atomforschungssituation getroffen wurden. Das Gebäude der AEC (Atom Energy Commission), in dem früher das Gesundheitsministerium in Washington untergebracht war, wird während der Nacht angestrahlt und darf nur in Begleitung eines Beamten besucht werden. Das Büro des Vorsitzenden David D. Lilienthal liegt im zweiten Stockwerk. Er hält fast täglich Sitzungen der Gesamtkommission ab, für die in seinem Arbeitszimmer zwei alte, billige Tische zusammengerrückt werden. Von hier aus werden die Fabriken in Oak Ridge, von der das Uranium kommt, die Fabrik Hanford, die das Plutonium herstellt, und die Sammelstelle von New Mexico, wo die Materialien aufgespeichert werden, geleitet. Die AEC ist nach dem Bericht der "Tat" von der Sorge erfüllt, dass die USA in der Entwicklung der Atom-Energie die Führung verloren habe. Lilienthal drückte diese Besorgnis mit den Worten aus, "USA hat die Initiative in dieser Frage aus der Hand gegeben, aber wird nicht einmal dort stehen geblieben, wo wir am Tage von Hiroshima waren, wir sind sogar zurückgefallen, weil es uns an spezialisierten Wissenschaftlern fehlt. Die Anlagen sind überaltert und der intensive Ansporn scheint zu fehlen. Wir können der Menschheit nur dienen, wenn wir unsere Nation stark machen als ein einziges Bollwerk der Demokratie."

Diese Erklärung David D. Lilienthals steht im Widerspruch zu einer Aussage des Flugzeugbauers Glenn L. Martin vor dem Flugzeugunterausschuss des USA-Senats. Er behauptete, die Atombombe sei zwar nicht für den allgemeinen Gebrauch fertig und dürfte in einem kommenden Kriege nur in einigen wenigen Spezialfällen eingesetzt werden, aber die USA hätten jetzt eine Atombombe, die wesentlich wirksamer sei als die in Nagasaki verwandte. Noch bemerkenswerter jedoch war die Mitteilung, dass man in den USA mit einer neuen Atomwaffe experimentiere. Es handelt sich dabei um eine radioaktive Wolke, die von Flugzeugen aus herabgelassen werden könne. Diese Wolken, die je eine Quadratmeile gross seien, könnten in Serien abgeschossen werden und würden nicht plötzlich töten, sondern einen langsamen Tod bewirken, wenn sie über die Länder hinwegziehen. Diese radioaktiven Wolken würden in ihrer Wirkung die Atombomben noch übertreffen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang schliesslich noch eine Meldung aus England. Dem "Socialist Leader" zufolge hat sich die Gewerkschaft der Chemie-Arbeiter mit dem Ersuchen um Einleitung eines Untersuchungsverfahrens über geheimnisvolle Krankheiten gewandt, die bei den in der einzigen englischen Atomenergieanlage beschäftigten Arbeitern aufgetreten sind. Symptome der Krankheiten sind sexuelle Impotenz, Hautausschläge und ständige Schlafsucht. Da die Ärzte den Krankheiten absolut hilflos gegenüberstehen, wurde von den Gewerkschaften beschlossen, bei der Regierung vorstellig zu werden und die Eröffnung einer Untersuchung zu beantragen. (m/Blo/235/1/he)

- - - - - / an die Regierung

Rauchverbot im englischen Kabinett

Um zu beweisen, dass der Appell des Schatzkanzlers Dalton an die englische Bevölkerung, das Rauchen möglichst einzuschränken, um Dollars zu sparen, wenigstens im englischen Kabinett nicht ungehört verhallt ist, hat Ministerpräsident Attlee jetzt angeordnet, dass in Zukunft bei Kabinettsitzungen nicht mehr geraucht werden darf. Attlee will damit nicht nur ein gutes Beispiel geben, wahrscheinlich erinnert er sich auch des Spruches "Ohne Rauch kein Feuer" und hofft, durch das Rauchverbot eine friedlichere Stimmung in den Kabinettsberatungen erreichen zu können. (m/Blo/235/1/he)

23. Mai 1947

Reichskonferenz der Jungsozialisten

Diskussionen um Form und Inhalt des demokratischen Sozialismus

Auf dem ersten Reichstreffen der Jungsozialisten der SPD in Gelsenkirchen-Buer, an dem rund 250 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands, darunter auch Berlins und des Saarlandes, teilnahmen, wurde in einer Reihe von Referaten und Aussprachen über die künftige Form und den neuen Inhalt des demokratischen Sozialismus diskutiert. Das Thema, angesprochen zu einer Zeit, da in allen Parlamenten der deutschen Länder um die Sozialisierung gekämpft wird, fand nicht nur seiner Aktualität wegen besondere Resonanz; es bewegt als Kernfrage das gesamte politische Denken und Handeln der jungen Generation.

Waldemar von Knöringen, München, entwarf ein Entwicklungsbild des Sozialismus, das eine Brücke schlagen soll von dem demokratischen Begriff des Sozialismus der Vergangenheit zu der brennenden Frage um seine lebendige Weiterentwicklung in der Gegenwart. Der geschichtliche Ablauf der sozialistischen Idee im wirtschaftlichen und sozialen Leben und der praktische Zusammenbruch des privatkapitalistischen Systems, wie es Karl Marx vor 80 Jahren nur habe sehen können, scheine die Marx'sche Theorie, dass der sozialistische Staat naturgemäß aus dieser Krise und solchem Zusammenbruch entstehen müsse, zu widerlegen, aber der Monopolkapitalismus mit seiner Form des Managertums sei auch nur eine Station in der zwangsläufigen Entwicklung zu der staatlich und gesellschaftlich gelenkten Wirtschaft. Von diesem Ausgangspunkt sei der Weg der jungen kommenden Generation zu erkennen, nämlich diese Planung unter sozialistischer Führung zu stellen. Es gehe heute nicht mehr darum, ob sozialisiert und geplant werden solle, sondern darum, wer den Inhalt der Planung bestimmt, und das müssten die Sozialdemokraten sein. Nicht Planung durch Macht und Gewalt, wie es Monopolkapitalismus und Kommunismus erstrebten, sondern durch demokratischen Sozialismus, das heißt, durch die Unterwerfung der Produktionsgüter und -mittel unter die volle politische Kontrolle des Volkes sei das Wesentliche. Die Diskussion, die das Referat auslöste, zeigte, dass die junge Generation sich beinahe noch mehr von der überlieferten marxistischen Doktrin zu lösen bereit sei. Nicht Dienst für den Menschen, sondern Dienst am Menschen sollen neue Forderungen des sozialistischen Denkens und Handelns sein.

Eine ähnliche kritische Stellungnahme zum krassen Sozialismus marxistischer Demokratie nahm Dr. Klaus-Peter Schulz, Berlin, ein, der am Abend in Buer im Rahmen einer Kulturveranstaltung über die "Kultur unserer Zeit" sprach. Nach einer prägnant gezeichneten Entwicklungsüberblick über die Fundamente und das Werden der abendländischen Kultur warf der Referent die Frage der Beziehungen zwischen Sozialismus und Kultur auf. Er stellte fest, dass die Bedeutung Karl Marx' für das gesamte abendländische, sozialistische Denken von grundlegender und einzigartiger Bedeutung sei. Der Marx'sche Sozialismus berücksichtige nicht den Menschen. Epigonen dieses grossen sozialistischen Denkers hätten alles in das Prokrustesbett seiner materialistischen Anschauungen gezwungen. Der neue demokratische Sozialismus richte sich über die Kraft der Menschen hinweg an die Ansicht des Individuums. Sein Ziel sei die von allen Beschränkungen freie Persönlichkeit. So sei der demokratische Sozialismus eine echte Neuschöpfung, der nicht mehr auf die Masse ausgehe sondern an das Individuum sich wende, aus dem sich die neue wahre Gemeinschaft entwickle. Die junge Generation sei fähig, auf sich gestellt, diesen neuen Weg des Sozialismus zu einer echten menschlichen Gemeinschaft der Organisation des Geistes als Weltbeweger und Weltveränderer und der Kontinuität aller Kultur zu beschreiten.

Auch Kurt Schumacher war bei der Tagung zugegen und richtete an die Jungsozialisten einige Begrüßungsworte. Nach seinen grundsätzlichen Ausführungen ging er zu den Fragen der Tagespolitik über und behandelte ausführlich die Stellung der kommunistischen Partei in Deutschland und in der Welt.